

Tagesobdachlosigkeit von Jugendlichen

Im Rahmen der Rheindahlener Gespräche wurde nun klar, dass es in Rheindahlen eine Form von Tagesobdachlosigkeit unter Jugendlichen ab der ersten Grundschulklasse gibt. Über 16 Kindern sind davon betroffen und den meisten gibt es auch keine warme Mittagsmahlzeiten. Bezirksvorsteher Oellers (CDU) versucht das Thema möglichst geheim zu halten und möchte im Alleingang mit dem Jugendamt und den Rheindahlener Schulen das Problem lösen. Bezirksvertreter Erik Jansen (DIE LINKE.) sieht dies als falschen Schritt und spricht von einem stadtweiten Problem, welches nun angegangen werden müsse.

Der Anfangsverdacht der kirchlichen Jugendfreizeiteinrichtungen hat sich nun in konkreten Zahlen bestätigt. In Rheindahlen besteht eine Form von Tagesobdachlosigkeit unter Jugendlichen. Betroffen sind nach Angaben der Einrichtungen konkret 16 Kinder – der Bezirkspolizist vermutet erheblich mehr betroffene Kinder und Jugendliche, die diese Jugendfreizeiteinrichtungen nicht aufsuchen.

Die Kinder und Jugendlichen finden in der Zeit zwischen Schulschluss und den Abendstunden kein Obdach zu Hause bei der eigenen Familie und verbringen ihre Zeit irgendwo in der Stadt. Die Kinder, die die Möglichkeit der kirchlichen Freizeiteinrichtung nutzen warten teilweise bis zu zwei Stunden, damit sie endlich dort ein Dach über den Kopf finden können. Viele der Kinder, die keine Möglichkeit haben eine warme Mahlzeit über die Schule zu erlangen, kommen mit hungrigen Mägen in den Einrichtungen an.

Die Nachricht, dass es eine erhebliche Zahl von Kindern und Jugendlichen mit dem Hintergrund einer möglichen Tagesobdachlosigkeit in Rheindahlen gäbe, traf die anwesenden Mitglieder der dritten Rheindahlener Runde wie einen Schock, worauf hin die Einrichtungen und der Bezirkspolizist gebeten worden sind ungefähre Zahlen zu ermitteln. Im Rahmen der vierten Rheindahlener Runde am 10.03.2015 wurden die Zahlen nun bekannt.

Die CDU bekräftigt schon seit der dritten Rheindahlener Runde, dass sie seit längerer Zeit an dem Thema dran sei. Ergebnisse konnte die CDU jedoch nicht liefern – nun solle sich der Bezirksvorsteher Arno Oellers (CDU) wieder im Alleingang als Kümmerer der Sache annehmen, indem er Gespräche mit den Schulen in Rheindahlen und dem Jugendamt führe. Jedoch gehe es nach dem Willen Oellers im ersten Schritt erst mal nur um die Grundschulkinder.

Erik Jansen, Bezirksvertreter für DIE LINKE, hält das für den falschen Schritt. Seiner Meinung nach „eiere“ die CDU bei dem Thema nur herum und kann keine konkreten Lösungen anbieten, obwohl sie nach eigenen Angaben schon länger am Thema dran sei. „Diese Geheimgespräche, die nun geführt werden, verschleiern doch nur die Probleme, die als Schmutz auf den selbst-erhobenen Schein der Bezirks-CDU fällt. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um ein Bezirksproblem sondern um ein gesellschaftliches Problem, dass stadtweit zu finden ist“. gibt Jansen zu bedenken. Weiter ist Erik Jansen der Auffassung, dass kein Kind und auch kein Jugendlicher zurückbleiben dürfe, daher halte er nichts davon, dass sich zunächst nur um die Grundschulkinder gekümmert werde. Auch ist der Weg

ausschließlich über das Jugendamt verkehrt. „Das Jugendamt muss zwar mit eingebunden werden, jedoch bezweifle ich, dass dort neben den bisherigen Tagesgeschäft die Kapazitäten vorhanden sind, zwischen Schule, Kinder/Jugendlichen, Eltern und Vereinen (*Anmerkung: für eine sinnvolle Nachmittagsbeschäftigung*) zu vermitteln. Dazu bedarf es langfristig gesehen pädagogische Zusatzfachkräfte.“ erklärt Jansen. „Der erste Schritt müsse nun sei, dass die Verwaltung die städtische Gesamtproblematik mit Hilfe aller Bezirke, allen Schulen, allen Jugendfreizeiteinrichtungen und den zuständigen MitarbeiterInnen des Jugendamtes sowie den für die Stadt tätigen Streetworkern erfasst, um langfristige und makroskopische Lösungsvorschläge unterbreiten zu können.“ schließt Jansen ab.

Um diesen Schritt nun anzustoßen, hat DIE LINKE. einen entsprechenden Antrag für den:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren,
- Jugendhilfeausschuss,
- Hauptausschuss,
- Rat der Stadt Mönchengladbach

gestellt.